

Zur Situation im Irak: Frieden schaffen – mit immer mehr Waffen?

Eines sei vorweg gestellt: die „richtige“ Antwort wie kurzfristig das Grauen im Irak beendet werden und der Vormarsch des „Islamischen Staates“ (IS) gestoppt werden kann, hat Misereor genauso wenig wie alle anderen. Wie sollten wir auch? Vielleicht gibt es auch nur noch falsche Antworten, weil die Völkergemeinschaft den Zeitpunkt, zu dem es richtige hätte geben können, längst verpasst hat. Gerade deshalb ist es uns als katholischem Hilfswerk der Entwicklungszusammenarbeit wichtig, hier und jetzt auf einige Aspekte aufmerksam zu machen, die unseres Erachtens in der derzeitigen öffentlichen und politischen Debatte viel zu kurz kommen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die von uns favorisierten Lösungsvorschläge nicht kurz-, sondern nur mittel- und langfristig greifen können. Trotzdem ist es wichtig – auch mit Blick auf künftige Konflikte, die bereits jetzt absehbar sind - gerade die Risiken der beschlossenen Waffenlieferungen hier zu thematisieren. Der Frage, wie den jetzigen Gräueln ein schnelles Ende bereitet werden kann, muss die Frage an die Seite gestellt werden, warum es zu dieser Situation kommen konnte und wie es gelingen kann, in Zukunft den Möglichkeiten der Gewaltprävention die nötige Aufmerksamkeit zu widmen – und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem sie noch eine Chance haben.

Waffen haben kein Verfallsdatum

Aus der Geschichte zu lernen scheint schwer. In den Jahrzehnten vor seinem gewaltsamen Sturz hatte auch der Westen Saddam Hussein massiv aufgerüstet – in der Hoffnung, dass er ein Gegengewicht zum Iran nach der Islamischen Revolution bilde. Wieviel aus Saddams Waffenarsenalen ist der IS und ihren Vorläuferorganisationen in die Hände gefallen? Und so drängt sich doch die Frage geradezu auf, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, dass Waffenlieferungen an die Kurden später nicht auch zu neuen, bewaffneten, blutigen Konflikten führen werden.

Wer heute aus sicher wohlüberlegten Gründen die Peschmerga unterstützt wird sich vermutlich morgen schon über den gewachsenen Status von Kurdistan und seine Ansprüche wundern. Was ist, falls es den kurdischen Truppen tatsächlich gelingen sollte, die bestens ausgerüstete, professionell und sehr strategisch agierende Armee des IS militärisch zurückzuschlagen? Die kurdischen Truppen werden dann u.U. weitere Teile des Nord-Irak besetzen, der Konflikt um die dortigen Ressourcen, u.a. Öl, führt zu verschärften Auseinandersetzungen mit der Regierung in Bagdad. Die nationalen Ansprüche der Kurden werden auch Auswirkungen auf die Türkei und Syrien haben. Sollten sich die Ansprüche der Kurden auf einen unabhängigen Staat auch auf das Gebiet der Türkei ausweiten und diese dem militärisch entgegentreten, kann nicht einmal völlig ausgeschlossen werden, dass die Türkei den Nato-Verteidigungsfall reklamiert. Zumindest sollte dies als eine Möglichkeit mitgedacht werden. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es geht MISEREOR nicht um eine Bewertung der Bestrebungen der Kurden, eine eigene nationale Identität zu bilden. Es geht darum, nicht durch die vermeintliche Lösung des einen akuten Konfliktes sehenden Auges die Eskalation eines anderen Konfliktes zu riskieren.

Die Gefahr, dass Waffenlieferungen mittelfristig zu einer weiteren Destabilisierung der Region beitragen, ist in jedem Fall hoch. Der Endverbleib gerade von Handfeuerwaffen, wie Deutschland sie offenbar liefern will, ist kaum zu kontrollieren. „Joghurtbecher haben ein Verfallsdatum – Sturmgewehre nicht“ schrieb Jakob Augstein am 14. August im Spiegel-Online

sehr treffend. Wenn die Region bereits jetzt eines zur Genüge hat, dann sind es Waffen. Viele davon kommen aus Deutschland. Insbesondere die Ausfuhren von Klein- und Leichtwaffen sowie dazugehöriger Munition sind 2013 im Vergleich zum Vorjahr erheblich gestiegen. Der Genehmigungswert lag bei 135 Mio. €- und damit um 43 % über dem Wert von 2012. Zu den Hauptempfängerländern gehörten u.a. Saudi-Arabien und Oman (s. Jan Grebe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 35-37/2014 v. 25. August 2014). Diese Waffen werden ganz sicher auch den aktuellen Konflikt überdauern; in welche Hände sie dann geraten, weiß heute niemand.

Über den Tabubruch der mit der Lieferung von Waffen aus Deutschland in ein Kriegs- und Krisengebiet einhergeht, ist viel berichtet und diskutiert worden. Weniger über einen anderen Tabubruch, der mit einer solchen Lieferung ebenfalls einhergeht: die Waffen sollen an quasistaatliche Kräfte geliefert werden, die eine Historie als nichtstaatliche Akteure haben; die Wahrscheinlichkeit, dass die Waffen an andere nichtstaatliche Akteure (die PKK z.B.) weitergegeben werden könnten, ist recht hoch. Das wirft auch völkerrechtliche Fragen auf. Wie steht es gerade angesichts solcher völkerrechtlichen Bedenken mit den sonst von der Bundesregierung so hoch gehaltenen Prinzipien von Demokratie und „good governance“? Die derzeitige Diskussion zeigt, dass neben dem bekannten Transparenzdefizit der deutschen Rüstungsexportpolitik auch ein erhebliches Demokratiedefizit verbunden ist; denn bei einer so weitreichenden Entscheidung hätte man sich mehr gewünscht, als die am 1.9. dann doch erfolgte mehr oder weniger symbolische Abstimmung des Bundestages. Eine umfassende Aussprache vor der Kabinettsentscheidung wäre sicher wünschenswert gewesen. Die geplanten Lieferungen widersprechen auch dem Geist des Internationalen Waffenhandelsvertrag der UN (ATT). Dabei hat Deutschland engagiert und konstruktiv an der Erarbeitung und Verabschiedung dieses wichtigen Abkommens mitgewirkt und war unter den ersten Staaten, die es ratifiziert haben. Waffenlieferungen sind längst nicht die einzige Handlungsoption, und auch keine, die einen Erfolg garantiert. Es gibt Alternativen.

Verantwortung übernehmen in der Welt – mehr Prävention und weniger Reaktion

Menschenleben müssen gerettet werden. Das steht völlig außer Frage. Dem grausamen Wüten des IS zuzusehen, ist keine Option. Was also kann überhaupt getan werden? Was sind Erwartungen an und Optionen für eine deutsche Regierung, die angetreten ist, mehr Verantwortung zu übernehmen in der Welt? Wie definiert sie ihre Außen- und Sicherheitspolitik neu? Und wie kann und sollte Kohärenz zu anderen Politikbereichen, wie der Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedenspolitik hergestellt werden?

Politische Diplomatie

Zu den politischen Optionen, die nach wie vor im Irak bestehen, gehört sicher die, die sunnitischen Stämme stärker in die Regierung einzubinden. Sie wurden nach 2003 marginalisiert und dulden den IS oft stillschweigend oder unterstützen ihn sogar aktiv. Viele entlassene, verarmte (aber bestens ausgebildete) Soldaten aus der ehemaligen Armee Saddam Husseins finden sich inzwischen unter den Strategen und Kämpfern des IS. Auf die Einbindung der sunnitischen Stämme zu drängen, ggf. auch spezifische Unterstützungsprogramme zu entwickeln, um sie aus der Marginalisierung zu holen, ist eine zentrale politische Option, für die sich auch die Bundesregierung stark machen kann.

Die Bundesregierung sollte sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass alle regionalen Akteure diplomatisch eingebunden werden, auch der international noch weitgehend geächtete Iran. Gerade im Sinne der Prävention weiterer Gewalt kann das wichtig sein, denn sollte der Irak

tatsächlich auseinanderbrechen wird der bereits jetzt dem schiitisch dominierten Iran verbundene Süd-Irak (dort sind bedeutende schiitische Heiligtümer angesiedelt) noch mehr zu iranischem Einflussgebiet. Eine der Fragen, die sich dann stellt, ist die, wie das sunnitisch geprägte Saudi-Arabien, angesichts eigener unruhiger schiitischer Minderheiten, darauf reagieren wird.

Wie inzwischen bekannt ist, finanziert der IS sich u.a. über den Verkauf von Öl. Die Bewaffnung der IS selbst kommt aus sehr unterschiedlichen Quellen, aber eben (zumindest finanziell) auch aus Saudi-Arabien, einem der wichtigsten Importeure deutscher Waffen in der Region. Statt also noch mehr Waffen in die Region zu liefern, stünde es der Bundesregierung besser an, darüber nachzudenken, wie sie die Rüstungsexporte in die Region eindämmen können und wie die Finanzflüsse, über die der IS sich offenbar bestens finanziert, gestoppt werden können.

Unser Blick hat sich inzwischen allerdings so sehr auf die Gräueltaten der fundamentalistisch islamischen IS fokussiert, dass wir die Toten, die durch die Bomben des Assad-Regimes in Syrien bisher ums Leben gekommen sind und noch ums Leben kommen schon gar nicht mehr zählen. Wie hoch die Zahl der syrischen Oppositionellen ist, die an Hunger und Durst gestorben sind, weil auch Assad oppositionelle Bevölkerungsteile von Versorgung abgeschnitten hat - allerdings ohne dass die Welt aufgeschrien hat - wissen wir auch nicht. Der IS hat diese Bilder aus den Medien verdrängt – und, so scheint es, leider auch aus den Köpfen und Herzen der Politiker. Bashar al-Assad kann z.Zt. jedenfalls mehr oder minder ungestört weiter bomben lassen, und wird als möglicher Koalitionspartner im Kampf gegen den IS sogar wieder hoffähig. Das treibt viele oppositionelle Syrer geradezu in die Arme des IS. Auch an dieser Stelle ist die Politik gefragt – und die Medien sind es auch.

Humanitäre Hilfe und die Aufnahme von Flüchtlingen

Es grenzt an Zynismus, wenn angesichts des unsäglichen Leids der Zivilbevölkerung und angesichts der katastrophalen humanitären Lage im kurdischen Teil des Iraks und in den Nachbarländern der deutsche Innenminister gerade jetzt eine öffentliche Debatte um eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland beginnt, und sich explizit gegen die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen aus dem Irak ausspricht, weil er lieber dafür sorgen möchte, „dass sie im Land bleiben können“. „Den Satz, dass die Jesiden oder die Christen im Irak keine Zukunft haben, will ich nicht akzeptieren.“, so zitierte die SZ vom 23.08.14 de Maizière auf ihrer Titelseite. Flüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, nicht an die Möglichkeit einer Rückkehr in ihr Land zu glauben, wie de Maizière mit seinem Vorstoß jetzt suggeriert. Sie jetzt nicht aufzunehmen aber heißt: die Ländern, die jetzt schon nicht mehr wissen, wie sie der Flüchtlingsströme Herr werden können, im Regen stehen zu lassen und in Kauf zu nehmen, dass Tausende Flüchtlinge an Hunger, Durst und Krankheiten sterben. MISEREOR fordert, dass Deutschland 100.000 Flüchtlinge aus den Krisenregionen aufnimmt. Angesichts von rd. 10 Millionen Flüchtlingen und intern Vertriebenen in Syrien und ca. 1,3 Millionen im Nordirak scheint das für ein reiches Land wie Deutschland keine zu hohe Zahl. Offenbar hat Heribert Prantl Recht, wenn er schreibt, dass es der Beschluss, ein Kontingent Waffen zu liefern offenbar leichter fällt, als ein Kontingent Flüchtlinge aufzunehmen. (SZ, 21.08.2014)

Die Länder und Regionen, die die Flüchtlinge derzeit aufnehmen, brauchen deutlich mehr Unterstützung. Hier könnte großzügige humanitäre Hilfe viel bewirken. Aber auch politische Hilfe ist gefragt. Denn offenbar hat die irakische Zentralregierung unter Ex-Präsident al-Maliki bereits seit Monaten der kurdischen Regionalregierung in Nordirak die Auszahlung aller ihr rechtmäßig zustehenden Steuermittel verweigert. Auf eine konzertierte europäische Initiative zu drängen, die sich stark dafür macht, dass der kurdischen Regionalregierung zumindest diese

Mittel wieder zur Verfügung stehen, stünde Deutschland besser an, als es mit Waffenlieferungen den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien gleichzutun zu wollen.

Friedenslogik statt Kriegslogik

Die Entwicklung im Nordirak und den angrenzenden Gebieten zeigen ein großes Dilemma auf, bei dem es mehr Fragen als Antworten gibt, und noch weniger „richtige“ Antworten. Die öffentliche Diskussion zeigt aber auch, dass es an einer strategisch ausgerichteten Friedenspolitik und Friedenslogik mangelt. Hinter der aktuellen Debatte um die Waffenlieferungen steckt eine Kriegs-, keine Friedenslogik. Sie steht im Einklang mit der „Ertüchtigungs“logik von Angela Merkel, die 2012 in einer Rede vor militärischem Spitzenpersonal eine Änderung der deutschen Rüstungsexportpolitik andeutete. Partner sollten fortan „ertüchtigt“ werden und sich weltweit für die „Bewahrung oder Wiederherstellung von Sicherheit und Frieden“ einsetzen – auch mit Hilfe deutscher Rüstungsgüter. Dahinter steht das (durchaus berechnete) Interesse Deutschlands, in Zukunft nicht selbst Soldaten in den militärischen Kampf schicken zu müssen. Doch Rüstungsexporte sind das falsche Mittel, dieses Ziel zu erreichen.

Eine verantwortliche Außenpolitik sieht anders aus. Sie sollte sich nicht über die Zahl der Soldaten in Auslandseinsätzen noch über Rüstungsexporte definieren, sondern über die Zahl bewaffneter Konflikte, die durch eine von Deutschland initiierte oder mit deutscher Beteiligung erfolgte Friedensdiplomatie verhindert werden konnten. Zu einer Friedenslogik und Friedenspolitik gehört auch ein eindeutiges Bekenntnis zum Primat der zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention, und zur politischen, strukturellen und finanziellen Stärkung von deren Instrumenten. Die werden leider nach wie vor sträflich vernachlässigt, sowohl was den politischen Stellenwert und Rückhalt als auch die finanzielle Ausstattung angeht. Eine solche Friedenspolitik bedarf allerdings auch einer ganz anderen medialen Begleitung – denn ihr fehlen die aufschreckenden Bilder.

Angesichts der grausamen Völkermorde in Ruanda und auf dem Balkan, begann unter dem damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan die Diskussion über die „responsibility to protect“ (R2P). Ihr liegt der Gedanke zugrunde, dass im Falle von Völkermord, anderen Formen massenhafter Tötungen, ethnischen Säuberungen und schwerwiegenden Verletzungen des Völkerrechts, die internationale Staatengemeinschaft die Pflicht hat, die Zivilbevölkerung zu schützen, wenn der eigene Staat dies nicht kann oder will. Leider gingen im Zuge der folgenden Diskussionen über das Konzept und dessen Umsetzung zwei wichtige Elemente der „R2P“ weitgehend verloren: nämlich die „responsibility to prevent“ und die „responsibility to rebuild“. Geblieben ist die „responsibility to react“. Doch nicht einmal die wird aktuell bemüht. Offenbar mangelt es auch hier am politischen Willen.

Es stünde einer verantwortungsvollen deutschen Außenpolitik gut an, sich dafür einzusetzen, dass die „responsibility to prevent“ und die „responsibility to rebuild“ zu funktionierenden Mechanismen praktischer Politik weiterentwickelt werden und den gleichen Stellenwert erhalten wie die „responsibility to react“. In dem ursprünglich von Kofi Annan angelegten Dreiklang der „Responsibility to Protect“ könnte das Konzept vielleicht verlorene Glaubwürdigkeit und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Nur so kann es zu einem international wirksamen Mittel der Prävention von Gewalt werden.

Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer MISEREOR

2. September 2014